

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.

Dreiring-Cacao.

Hollieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 35/40.

Druckerei
verrichtet für
den Druck von
Broschüren, Zeitungs-
aufträge, etc.
in jeder Sprache
und in jeder Schrift-
art.
Die Druckerei
ist in der Nähe
des Hauptbahnhofs
in Dresden.
Telefon-Nr. 1111.

Neuigkeiten: Zarif
Königliche Hof-
druckerei
in Dresden
Telefon-Nr. 1111

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Smyrna-Teppich-Fabrik
F. Louis Bellich, Königl. Hoflieferant, Meissen.
Nur Prima-Kammingarn-Fabrikate.
Handarbeit. Prämiert mit goldenen Medaillen.

Beleuchtungs-Körper
für Gas und Elektrisch in jeder Preislage
Aparate und preiswerte Geschenkartikel
in Messing, Kupfer, Eisen etc., alles eig. Erzeugnisse, empfohlen
Böhme & Hennen, Victoriastrasse 9.

Glaswaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und
Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl
**Wilh. Rühl & Sohn, Inh. Richard Rühl, Königl. Sachs.
Hoflieferant, Neumarkt 11. Fernsprecher No. 6081.**

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Etagen.**

Für eilige Leser.

Wutmahlliche Witterung: Kühl, meist heiter.
Der Kaiser hat das Verhalten der Justizbehörde in dem
Prozess Rolfe-Harden, auch was das Nichteingreifen
des Staatsanwalts und die volle Öffentlichkeit des Verfahrens
angeht, voll gebilligt.
Der Kaiser verlieh dem Major der Kavallerie Elliot,
der Korenaga unerschrocken machte, den preussischen Kronenorden
2. Klasse mit Schwertern.
Der vom Reichsanwalt verlagte Schriftsteller Brandt
sucht seinen Prozess zu einer grossen politischen Aktion auszu-
gestalten.
Die Veranstaltung einer amtlichen Stenographie-
Konferenz zur Ausarbeitung eines neuen Einheitssystems
ist gesichert.
In der Kartellführung der deutschen Automobilclubs
wurde bekannt gegeben, daß Tourenfahrten künftighin
nur in geringem Massstab veranstaltet werden dürfen.
Das Befinden des Papstes hat sich verschlimmert.

Sozialpolitische Fragen

von schwerwiegender Bedeutung sind auf der letzten Tagung
des Zentralverbandes deutscher Industrieller zur Erörterung gekommen. Schon die Tatsache,
dass der Zentralverband fast die gesamte deutsche
Großindustrie repräsentiert, läßt die von ihm ge-
folgten Ansichten und neu gefassten Resolutionen
höchst wichtig und der allgemeinsten Beachtung
wert erscheinen: nach den Arbeiterkongressen die
Stimme der Unternehmer in der Großindustrie. Vergleicht
man die Ansichten hier und dort, so wird einem die große
Kluft nicht entgehen, die trotz aller sozialen Bestrebungen
auch heute noch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern
herrscht. Dies vorausgeschickt, kann man trotzdem behaupten,
dass der früher so scharf betonte „Herrenstandpunkt“
des Zentralverbandes, der den Industriellen bestimmter
Art den Titel „Ehrentitel“ und „Kohlenbarone“ eingetragen
hat, allmählich einer mildereren Tonart zu weichen be-
ginnt. Man wird allerdings nicht verlangen können, dass
der Zentralverband der deutschen Industriellen jemals
seinen alten Charakter einer ausgesprochenen Interessen-
vertretung des Unternehmertums aufgeben — denn darin
ruhen seine Kraft und seine Bedeutung für unser ganes
nationales Wirtschaftsleben, und diese müssen schon
im Gleichgewichtsinteresse den großen Arbeitervereinigungen
gegenüber gewahrt bleiben! — wohl aber darf man
erwarten, dass er, als der geistig und materiell überlegene
Teil, den Grundsatz „noblesse oblige“ beherzigt und den
berechtigten Arbeiterforderungen so weit als möglich ent-
gegenkommt. Und will denken, als ob dieser einseitig ver-
nünftige Standpunkt auch im Zentralverband immer mehr
Anhänger gefunden hat, denn sonst wäre der lebhafteste Beifall
nicht erklärlich, der dem Handelsminister Delbrück zu
Teil wurde, als er im Kreise der in Berlin versammelten
Großindustriellen das schöne Wort von der notwendigen
„Kameradschaft“ zwischen Arbeitgeber und
Arbeitnehmern sprach. Die alte Garde unter den
Industriemagnaten, zu der besonders die verstorbenen
Herren von Kardorff und Ruffel gehörten und in der
unter den Lebenden die Herren Rirdorf und Buef im
vordersten Treffen stehen, vertrat und vertritt noch heute
den etwas intransigent-absolutistisch klingenden Grundsatz
Rirdorffs: „Wir wollen Herren in unserem Hause sein“,
ein Wort, von dem der preussische Handelsminister
sagt, dass es den Industriellen „mehr in der öffentlichen
Meinung geschadet hat, als manche bittere Tat es hätte tun
können“. Die Interpretation der dreiten Menge ist eben
allzu leicht geneigt, dabei an „mittelalterliches Herrertum“
zu denken, das die verfassungs- und gesetzmässigen Rechte
der Arbeitnehmer am liebsten schmälern möchte. So war
es aber bei der überwiegenden Mehrzahl der ver-
nünftigen und sozial gerecht denkenden Unternehmer
nie gemeint, denn der Zentralverband ist in
weitestem Umfange für die Durchführung unserer muster-
gültigen Sozialpolitik eingetreten und hat bereitwillig die
damit verbundenen Opfer getragen, wenn er auch gleich-
zeitig scharf betont hat, dass Ordnung und Autorität
in den Fabrikbetrieben aufrecht erhalten werden
müssen.
Das wird man ihm schließlich nicht verdenken dürfen,
denn jeder Organismus benötigt Ruhe und Ordnung, um
gesehen zu können. Man braucht deswegen aber nicht
gleich vom „Herrenstandpunkt“ zu sprechen, weil man da-

durch zu Missdeutungen Anlass gibt. Treffend sagte Mi-
nister Delbrück dafür den bezeichnenden Ausdruck: Kom-
mandogewalt. Er mahnte in dieser Hinsicht die in
Berlin versammelten Herren folgendermassen: „Wir wollen
unsern Arbeitern gegenüber nicht den Herrenstandpunkt
vertreten, sondern wir wollen das Mass von Kommando-
gewalt haben, das der höhere Offizier über den niederen
Offizier, der Postmann über seine Soldaten hat und haben
muss, wenn nicht der Betrieb in Sicherheit gehen soll. (Beif-
hafte Zustimmung.) Dabei sollen und wollen wir aber die
Kameraden unserer Arbeiter sein, und, m. S., wenn wir es
verfehlen, dieses Mass der Kameradschaft zu erzielen, das
unseren Offizieren einen viel größeren Einfluss über ihre
Mannschaften gibt, als die eisernen Bande der Disziplin,
dann, m. S., sind wir über die größte Schwierigkeit hin-
weg. Es handelt sich nicht so sehr um die einzelnen
Fragen, um die geachtet wird. Das die freitlich sind, liegt
in der Natur der Dinge. Es handelt sich auch nicht um
die Mittel, um die geachtet wird, sondern es handelt sich
hüten und drängen eigentlich nur um die Anerkennung eines
gewissen Standpunktes.“ Dieser Standpunkt kann aber
nicht darin bestehen, dass für den Arbeitgeber allein das volle
unantastbare Recht in Anspruch genommen wird, das Ar-
beitsverhältnis mit seinen Arbeitern unter Ausschluss aller
außenstehenden Elemente zu regeln, denn das entspricht
nicht dem fortschreitenden Geist unserer Entwicklung,
wenigstens nicht in der Auslegung, wie sie in den letzten
Resolutionen des Zentralverbandes zum Ausdruck ge-
kommen ist. Dort wird, m. S., mit aller Entschiedenheit gegen
jede Forderung der Tarifverträge und gegen jede Er-
weiterung des Koalitionsrechts der Arbeiter Front gemacht.
Als ob es nicht gegenwärtig schon tausend und mehr Tarif-
verträge gäbe, die zum Teil sehr reichlich wirken, ganz zu
schweigen vom Koalitionsrecht der Arbeiter, das unter
gewissen Kantolen gegen seinen Missbrauch sehr wohl eines
weiteren Ausbaues fähig ist. Noch jüngst äußerte sich die
„Soziale Praxis“ gelegentlich des Empfanges einer Ar-
beiterordnung durch den Reichskanzler in diesem Sinne.
Wir stimmen sehr oft nicht mit den Ausführungen der „So-
zialen Praxis“ überein, weil sie vielfach allzu einseitigen
Sichtspunkten Rechnung tragen, aber in diesem Falle wird
man ihr im allgemeinen beipflichten müssen: dem Arbeit-
nehmer zu geben, was der Arbeitnehmer ist, ist genau so
Pflicht der Vorgesetzten, wie dem Arbeitgeber zu gewähren,
was ihm und seinen Interessen zukommt. Auch hier wird
alles auf den Kompromiss, auf die mittlere Linie ankommen,
denn Einseitigkeiten auf beiden Seiten! Deshalb
sollten sich auch die Arbeiter vor Ueberpannung ihrer
Forderungen bezüglich des Arbeitsverhältnisses hüten. Die
sogenannte „konstitutionelle Hofverfassung“ à la Rau-
mann ist ein Unding; kein halbwegs vernünftiger Arbeiter
kann verlangen, dass der Unternehmer, der doch das geschäl-
liche Risiko trägt, über seinen Kopf hinweg über Produk-
tion und Arbeitsformen per majora abstimmen lassen soll.
Die schwarzmachereischen Elemente sowohl der Unter-
nehmer, wie auf der der Arbeiterschaft erschweren nur den
modernen Entwicklungsprozess, der doch darauf hinaus-
läuft, nicht dass der Arbeiter Herr im Betriebe werde,
wohl aber, dass er die Möglichkeit in die Hand be-
kommt, die Bedingungen, unter denen er arbeiten soll,
wirksam mitzubestimmen. Das Prinzip der Gleichberech-
tigung des Arbeiters, das noch vor kurzem der Staats-
sekretär von Bethmann-Hollweg als Grundlag der Reichs-
regierung auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongress in
Berlin betont hat, ist nicht mehr zu erschüttern, und die
annoah Widerstrebenden täten in ihrem eigenen Interesse
auf daran, sich schleunigst befehren zu lassen. In einem
müssen wir aber den Anschauungen des Zentralverbandes
recht geben, nämlich wenn er als Korrelat zur fortschreiten-
den Sozialpolitik verlangt, dass die verbündeten Regierun-
gen tunlichst bald und energisch besorgt sind, durch ge-
setzliche Massnahmen die Freiheit der Arbeit
wirkungsreicher, als es bisher geschehen ist, zu schützen
und damit die der Sozialdemokratie und ihren Ge-
werkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter von der
Schrecken Herrschaft dieser Partei und ihrer
Organisationen zu befreien... Fürst Bälów hat
in seinem Antworttelegramm mit deutscher Spitze dem
Sinne nach erklärt, dass die vom Verbands geforderte Or-
dnung und Autorität in den Betrieben um so mehr ge-
stärkt werden würde, je größer die sozialpolitische Opfer-
willigkeit der Unternehmer wäre. Das ist doch nur eine
halbe Wahrheit, wenn man bedenkt, dass die Sozialdemo-
kratie alles daran setzt, um den Arbeitern jede Freude an
dieser Opferwilligkeit zu nehmen und ihnen alles, was

Staat oder Unternehmertum an sozialpolitischer
Fürsorge leisten, als färgliche „Almojen“ und arnigelige
„Broden“ zu weckeln. Hier wird also etwas gechehen
müssen, um der wilden Agitation der Sozialdemokratie das
Handwert zu legen, denn dadurch allein können für Staat
und Gesellschaft die erhofften Früchte der mit so riesen-
haften Opfern verbundenen Sozialpolitik gecheert werden:
Zufriedenheit der Arbeitermassen und ihre allmähliche Ein-
ordnung in den nationalen Staat. Das der Zentralver-
band für die energische Fortführung unserer Arbeiter-
politik ist, hat er mit wünschenswerter Deutlichkeit aus-
gesprochen: er tritt für eine Reform des Krankentassen-
wesens ein, falls die Arbeitgeber, wenn sie die Hälfte der
Beiträge auf sich nehmen, auch einen größeren Teil des
Einflusses bekommen, um dadurch der sozialdemokratischen
Durchsetzung der Krankentassen entgegenzutreten zu können;
er befürwortet ferner eine Witwen- und Waisenversicherung
der Arbeiter und spricht sich für Beschränkung der
Heimarbeit und die Versicherung der Privatbeamten aus.
Alles das birat dafür, dass das sozialpolitische Programm
des Fürsten Bälów auch hier auf seine ersten Wider-
stände stoßen wird, zumal die offiziellen Beziehungen
zwischen der Regierung und dem Zentralverband der
Industriellen, die seit der bekannten Zwölftausend-Mark-
Affäre so gut wie abgebrochen waren, jetzt fester denn je
wiederhergestellt sind.

Neueste Drahtmeldungen vom 2. November

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat sich für
heute abend beim Reichskanzler und der Fürstin v. Bälów
zum Diner angelangt. Einladungen haben hierzu u. a.
erhalten: die Minister v. Bethmann-Hollweg, v. Tirpitz
und v. Einem und der Chef des Generalstabs v. Moltke.
Am Dienstag besaht sich der Kaiser zu einer zweitägigen
Hofball nach der Gärde. — Der Reichskanzler Fürst
Bälów empfing gestern den britischen Botschafter
Sir Frank Lascelles und den sinesischen Gesandten Sun
Faoqi. Heute präsiidierte Fürst Bälów einer Sitzung des
preussischen Staatsministeriums, in der über den Termin
der Einberufung des Landtages Bescheid gefasst worden sein
dürfte.
Berlin. (Priv.-Tel.) Dem Vernehmen nach trifft der
Kaiser, von Amsterdam kommend, am 21. ds. morgens in Kiel
ein, wird dort der Truppenereidigung beizuwohnen
und von da die Reise nach Berlin fortsetzen.
Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat dem enalischen
Major Elliot von der Kavallerie, der die Verfolgung
des Hottentottenführers Jakob Morena erfolgreich durch-
geführt hat, den preussischen Kronenorden 2. Klasse mit
Schwertern verliehen.
Berlin. (Priv.-Tel.) Unterstaatssekretär v. Linde-
quist ist aus Südwestafrika hier eingetroffen und wird an-
kunft die Leitung des Reichskolonialamts bis zur Rück-
kehr des Staatssekretärs Dernburg, die am 10. ds. zu erwarten steht,
übernehmen. — Oberstleutnant Quade, der mit dem Dampfer
„Admiral“ morgen in Hamburg eintrifft, wird am Montag die
Leitung des Kommandos der Schutztruppe wieder übernehmen.
— Staatssekretär Dernburg hat auf die an ihn ergangene
Einladung seine Beteiligung an der Feier des 25jährigen Be-
stehens der Deutschen Kolonialgesellschaft am 5. Dezember in
Frankfurt a. M. telegraphisch aus Neapel zugeeigt. — Zu der
Auserbeziehung der beiden Landungsbrücken
in Lübeck durch die Wörmann-Linie wird von unterrich-
teter Seite mitgeteilt, dass inwischen Vorkehrungen getroffen
wurden, um das Leben und Vöhlen der Lübeckbrücke anlaufen-
den Dampfer ungehindert durchzuführen zu können. Die Maß-
nahme ist infolgebehen durch die Hamburger Reederei wieder
rüdgängig gemacht worden.
Berlin. (Priv.-Tel.) Sachliche Orden ertheil-
ten: Das Ritterkreuz 1. Klasse mit der Krone des Albrechts-
ordens Major v. Braumisch, aggregiert im 2. Thüringischen
Infanterie-Regiment Nr. 32, kommandiert zur Dienst-
leistung beim Stabe der 2. Armeeinspektion; das Ritterkreuz
2. Klasse desselben Ordens Oberbahnpostvorsteher Hoff-
mann in Berlin, Vebrier Hauptbahnhof.
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Nordd. Allg. Sta-
schreib. offiziell: „Das Berl. Kanebl.“ bringt in der Mor-
genausgabe vom 1. November d. J. u. a. die Angabe, dass
seitens des Reiches etwa 1000 Millionen Mark zur Ein-
führung eines Reichs-Drantwein-Monopols
erforderlich seien. Diese Angabe steht in keiner Weise mit
den Grundsätzen im Einklange, von denen man im Reichs-
schakamt bei den Ermäugungen ausgegangen ist, wie etwa
wohl die Grundfragen für ein Robbrandwein-Monopol
zu gestalten sein müssten, wenn man genötigt sein sollte.
Der Frage seiner Einführung näher zu treten. Nach jenen
Grundsätzen könnten Aufwendungen in einer so masslos
übertriebenen Höhe niemals in Frage kommen.
Berlin. (Priv.-Tel.) Der Staatssekretär des
Innern v. Bethmann-Hollweg hat sich im Einvernehmen
mit Kultusminister Dr. Halle für die Veranstaltung einer
amtlichen Stenographie-Konferenz entschie-
den, die auch die Billigung des Reichskanzlers gefunden hat.
Die Vertreter der bundesstaatlichen Regierungen werden
zu dieser Konferenz zukommen, um mit den von den
verschiedenen Stenographie-Vereinen bereits gewählten

Pramanns Erbswurst
in Form von Suppe + Fettballen